

# Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Rübichnappel und Eirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 81.

Preis pro Stück 7 Pfennig

Freitag, den 7. April

Telegramm-Adresse: 1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennig. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwaidnerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennig. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Reißholz-Auktion.

Dienstag, den 11. April, nachmittags 4 Uhr sollen im Stiftsholz unterhalb der Funkenburg

24 Schock hartes Reißholz

meistbietend verkauft werden.

Lichtenstein, den 6. April 1905.

Die Verwaltung des Stifts der armen Knaben.  
Kreuz, Stadtrat.

## Stadtparkasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 6 Millionen Mark, Reservefonds 440 000 Mark, Geschäftszeit 8-12 und 2-5 Uhr täglich.

Einlegerzinsfuß  $3\frac{1}{2}\%$

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Auf Wunsch erfolgen in der Regel Rückzahlungen von Einlagen ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

## Miquels Glück und Ende.

Angelehnt der Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Preuss. Eisenbahnminister v. Buddenbrock die „Frankf. Ztg.“ folgende etwas dramatisch zugespitzte Erinnerung an den verstorbenen Finanzminister v. Miquel auf:

Man muß des vielgewandten Mannes jetzt gedenken, nicht nur weil an dieser Kanalpolitik seine staatsmännische Laufbahn und, man sagt wohl nicht zu viel, auch er selbst zu Grunde gegangen ist, sondern weil er tatsächlich der Vater dieser Kanalpolitik war, ein ungewollter und schließlich unangenehm überraschter Vater. Eines Abends nach einem Diner hatte er das Glück, den Kaiser lange zu unterhalten. Ein nicht häufiges Glück, denn die Minister sehen und sprechen Wilhelm II. viel seltener, als man gewöhnlich glaubt. „Wenn er mich nur einmal auf ein Schiff einlade, dann könnte er mir nicht weglaufen!“ Diesen frommen Wunsch haben wir selbst einmal von Miquel gehört. An dem gedachten Abend sprach Miquel mit der verführerischen Kraft und der Autosuggestion, die diesem klugen und in manchem Sinne doch phantastischen Manne eigen waren, über Wasserstraßen und Kanalbauten und führte vor dem ihm lauschenden Kreise, zu dem als aufmerksamster Hörer der Kaiser gehörte, den wahrscheinlich von keinem sofort historisch nachzuprüfenden Beweis, daß alle großen Herrscher des Altertums und der Neuzeit Kanäle gebaut hätten. Es war für ihn ein schöner Abend, denn er freute sich immer in kleinem und großem Kreise seines glänzenden Darstellungstalent. Das Bittere kam nach, die Kanalpolitik des Kaisers nämlich, die einige Zeit später aus dieser Anregung heraus entsprang. Miquel war von Anfang an ihr Gegner. So hatte er es nicht gemeint. Er sah voraus, daß diese Kanalpolitik ihn mit den Konservativen verfeinden müßte, und als thesaurierender Finanzminister wollte er auch nichts von ihr wissen. Schon in den Stadien der ministeriellen Vorbereitung merkte der Kaiser Miquels Gegnerschaft und sein zweideutiges Verhalten und hat das gelegentlich auch zu erkennen gegeben. Zum Gluck aber kam es, als die erste Lesung der Kanalvorlage im April 1899 im Abgeordnetenhaus stattfand. Da hielt Miquel für den Gesetzentwurf die oft erwähnte Rede, deren Zweideutigkeit sich allen Hörern aufdrang, und die den Abgeordneten Grafen Kanitz zu der bemerkenswerten Bemerkung veranlaßte: „Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums, der, wenn ich ihn recht verstanden habe, für den Kanal ist“, was dann Eugen Richter noch erläuternd ausführte, die Herren auf der Rechten wüßten wohl ganz genau, wie der Hase im Kastanienwäldchen laufe. Von der Bemerkung des Grafen Kanitz und der Rede Miquels erhielt der Kaiser sofort Kenntnis, und plötzlich, wie es seine Art ist, beschied er Herrn von Miquel nach dem Potsdamer Bahnhof, auf dem er gerade abreiste, und was er ihm dort gesagt hat, das wurde Miquels Ende.

„Man darf sich vom Kaiser nicht schlecht behandeln lassen, wer sich das gefallen läßt, hat verspielt,“ meinte einmal ein verstorbenen Staatsmann, der es wissen konnte. Miquel, der sonst so kluge

und Vielgewandte und nie Verlegene, hat es sich damals auf dem Potsdamer Bahnhof gefallen lassen. Er war überrascht und fand nicht die richtigen Mittel der Verteidigung. Von da ab war er als Minister ein verlorener Mann; das Vertrauen war weg. Er hat noch versucht, den Kanal zustande zu bringen, und noch manches versucht, auch noch zu einer Zeit, wo gute Freunde ihm längst rieten, zu gehen. Es ist ihm nichts mehr gelungen. Die leicht nachweisbare Intimität mit den parlamentarischen Gegnern der späteren Kanalvorlage hing ihm an, und so mußte er eines Tages gegen seinen Willen das Amt verlassen, an dem er viel zäher gehangen hat, als man dem klugen alten Skeptiker hätte zutrauen können. Er ging als ein gebrochener Mann.

## Die Maß- und Gewichtsordnung im Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstags stand die erste Beratung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) begrüßt die Vorlage, hat aber Bedenken wegen der in einzelnen Schädigungen die durch die Bestimmungen des § 16 den im Besitze eigener Gemeinden befindlichen Gemeinden erwachsen. Solche Gemeinden müßten entschädigt werden. — Abg. Engelen (Zentr.) äußert sich in gleichem Sinne, und hat außerdem Bedenken gegen § 10, der dem Bundesrat in Hinsicht auf die weitere Ausdehnung des Kreis der verpflichtigen Gegenstände und ebenso in Hinblick auf die Befreiung von Ausnahmen eine unbeschränkte Vollmacht gewährt. — Abg. Barwinke (nat. lib.) äußert seine Beunruhigung darüber, daß fortan auch die Verfassers verpflichtig sein sollen, und daß außerdem, was er für die wichtigste Neuerung der Vorlage ansehe, die periodische Nachprüfung allgemein eingeführt werde. Etwas zu weit scheine ihm allerdings die Vorlage doch zu gehen, wenn sie im § 9 die alljährige Nachprüfung für die Flüssigkeitsmaße, die Maßwerkzeuge für Flüssigkeiten, sowie für die Gewichte und Waagen für eine Maximallast von 3000 Kilo vorschreibe. — Abg. Stolle (Soz.) ist im Prinzip für die Verstaatlichung des Eichwesens und gegen Entschädigung der Kommunen, lehrt aber die Planvollmacht des § 10 für den Bundesrat ab. — Abg. Schidert (sonst.) ist ebenfalls im Prinzip für die Verstaatlichung. Jedemfalls könne dem Staate nicht zugemutet werden, in schwach bevölkerten Gegenden die Kosten des Eichwesens zu tragen, während in den dicht bevölkerten Städten den Gemeinden alle Vorteile aus den dort ergiebigeren Gebühren zuströmen. Allerdings müsse in der Übergangszeit mit Eönung für die Gemeinden vorgegangen werden. — Abg. Raab (Natl.) ist ebenfalls mit der Verstaatlichung ganz einverstanden. Die Nachprüfung müsse ganz kostenfrei sein. Redner wünscht dann noch Wiedereinführung der Einviertelpfundgewichte. — Staatssekretär Graf Posadowski stellt fest, daß kein Grund vorliege zu der Befürchtung, die Gebühren würden von den Einzelstaaten bezw. vom Bundesrat zu hoch bemessen werden. Der Bundesrat werde bei der Bemessung der Gebühren-Höchstgrenze dafür sorgen, daß auch nicht einmal der Schein entstehe, Eichungsgebühren könnten zu einer Einnahmequelle gemacht werden. Nach diesen Gesichtspunkten sei aber die Frage der Entschädigung der Kommunen zu beurteilen. Den Gedanken an eine solche Entschädigung solle man nur vollkommen fallen lassen. Die Kommunen

hätten die Eichung bisher überhaupt nur im Auftrage und in Vertretung des Staates ausgeführt. Werde dieser Staatsauftrag jetzt zurückgenommen, so sei daraus für die Kommunen keinerlei Rechtstitel auf Entschädigung herzuleiten. Beschließe das Haus dennoch eine solche Entschädigung, so würde er darin ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes erblicken müssen. Von einer Gas- und Wassermessungs-Nachprüfung werde einstweilen abgesehen werden; aber eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, würde er nicht für richtig halten; denn vielleicht gebe es einmal neue Arten Gas- und Wassermesser, die so diffizil seien, daß sich auch bei ihnen eine Nachprüfung als unerlässlich herausstelle.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm ist gestern Vormittag in Neapel eingetroffen. Bald nach der Ankunft des Kaisers begab sich der von seiner Weltreise heimgekehrte Prinz Adalbert an Bord der „Hamburg.“

\* Eine interessante, aber noch unbestätigte Nachricht kommt aus Berlin. Danach soll kurz vor der Rückkehr des Kaisers dessen Geheimrat Rabinetschef Herr von Lucanus den erbetenen Abschied erhalten. An seine Stelle soll der bisherige Vortragende Rat im Geh. Zivilkabinett Geh. Oberregierungsrat von Valentini treten, der seinerseits wieder durch den bereits ins Zivilkabinett berufenen Herrn von Eifenhart-Rothe ersetzt werden wird. Lucanus, der gefürchtete Ministerstürzer, war wohl der einflussreichste Mann im Deutschen Reich. Als Rabinetschef des Kaisers besaß er dessen unbeschränktes Vertrauen. Seine mächtige Stellung hat er indessen niemals zu persönlichen Zwecken ausgenutzt.

\* Als Nachfolger des Ministers Gentig in Sachsen-Koburg-Gotha wird der Oberregierungsrat Richter aus dem preussischen Ministerium des Innern genannt.

\* In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages kam der Kolonialdirektor Dr. Stäbel bei der Erörterung des Ergänzungsetats für Kamerun auf die jüngsten Meldungen über einen drohenden Aufstand in Kamerun zu sprechen. Er sagte unter anderem: Neuere Depeschen aus Kamerun seien nicht gekommen, zu besonderen Beunruhigungen liege keine Veranlassung vor. Aber in verschiedenen Distrikten des Schutzgebietes seien, wie ein neuer Bericht des Gouverneurs beweise, Anzeichen vorhanden für eine gewisse Beunruhigung der Eingeborenen. Auch scheine sich der weißen Bevölkerung eine Nervosität bemächtigt zu haben, welche die Gefahr steigere. Was aber angestrebt werde, seien Vorbeugungsmaßregeln gegen etwaige Schwierigkeiten.

\* Nach Meldung Berliner Blätter hat der Kaiser die Pension der Witwe des verstorbenen Ministers v. Hammerstein, der ohne Vermögen gestorben ist, verdoppelt. Die Pension würde nur etwa 3000 Mark betragen haben.

\* Die Stadt Berlin beschloß, die großen sozialen Projekte des bekannten Pastors v. Bodelschwingh zu unterstützen und überläßt ihm 700 Morgen Land, um dort obdachlose uqu